

Antwort

der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Däubler-Gmelin, Dr. Schmude, Bachmaier, Bernrath, Frau Blunck, Catenhusen, Frau Dr. Czempliel, Dr. Diederich (Berlin), Egert, Frau Fuchs (Köln), Frau Fuchs (Verl), Frau Dr. Hartenstein, Frau Huber, Immer (Altenkirchen), Dr. Kübler, Kuhlwein, Lutz, Frau Luuk, Frau Dr. Martiny-Glotz, Frau Matthäus-Maier, Müller (Düsseldorf), Frau Odendahl, Peter (Kassel), Frau Renger, Schäfer (Offenburg), Frau Schmidt (Nürnberg), Schröer (Mülheim), Frau Simonis, Dr. Soell, Frau Dr. Skarpelis-Sperk, Frau Steinhauer, Frau Terborg, Frau Dr. Timm, Frau Traupe, Wartenberg (Berlin), Frau Weyel, Frau Zutt und der Fraktion der SPD
— Drucksache 10/1427 —

Frauen im öffentlichen Dienst

Der Bundesminister des Innern – V II 8 – 126 230/4 – hat mit Schreiben vom 26. November 1984 namens der Bundesregierung die Große Anfrage wie folgt beantwortet:

Frauen sind von der Arbeitslosigkeit stärker betroffen als Männer; die Arbeitslosenquote von Frauen – insbesondere jüngerer Frauen – ist überproportional hoch.

Die Bundesregierung hat darauf in ihrer Antwort auf die Große Anfrage zur Frauenarbeitslosigkeit vom 11. Januar 1984 (Drucksache 10/871) hingewiesen und ist auf die Ursachen dafür sowie auf mögliche Abhilfemaßnahmen eingegangen.

Von der Arbeitslosigkeit in besonderem Maß betroffen sind außer den Frauen allerdings auch andere Personengruppen, so ältere Arbeitnehmer, Jugendliche oder Behinderte. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Bundesbehörden gehalten sind, den Belangen aller dieser Gruppen beim Zugang zum öffentlichen Dienst besondere Aufmerksamkeit zu widmen; sie hat dies in ihrem Beschluß vom 15. November 1983 bekräftigt. Damit hat sie dieses Anliegen erneut in das Bewußtsein der für die Einstellungen verantwortlichen Personalstellen gerufen, den Appell zu beachten.

Für die Bundesbehörden ergibt sich – unabhängig von der jeweiligen Situation auf dem Arbeitsmarkt – aus Artikel 33 Abs. 2 sowie Artikel 3 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes die Verpflichtung, Männern und Frauen gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Dienst zu gewähren und niemanden wegen des Geschlechts zu benachteiligen. Nach Artikel 33 Abs. 2 des Grundgesetzes hat jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt. Aus Artikel 3 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes ergibt sich ausdrücklich das Gebot der Gleichbehandlung von Mann und Frau und ein Verbot jeglicher Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts. § 8 Abs. 1 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes präzisiert diesen Grundsatz für den Beamtenbereich. Arbeitsrechtlich ist die Gleichbehandlung von Mann und Frau in § 611 a BGB geregelt. Der Geltungsbereich dieser Vorschrift erfaßt auch die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst. Das dort geltende Tarifrecht geht davon aus, daß männliche und weibliche Arbeitnehmer gleichbehandelt werden. Im Rahmen dieser Maßgaben trägt die Bundesregierung den Belangen der Frauen beim Zugang zum öffentlichen Dienst Rechnung. Daß dabei Fortschritte erzielt werden konnten, zeigen die unter Frage 2 angeführten Zahlen. Es ist weiter darauf hinzuweisen, daß die Personalstandsstatistiken der letzten Jahre ausweisen, daß der Anteil der Frauen an den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes seit einiger Zeit kontinuierlich ansteigt. Allerdings ist der Anteil der Frauen in den oberen Laufbahn- und Vergütungsgruppen geringer.

Die Bundesregierung wird die Entwicklung weiter beobachten und gegebenenfalls über die Einführung zusätzlicher Maßnahmen entscheiden. Da auch in Zukunft Personalstandsstatistiken, in denen Frauen besonders ausgewiesen werden, erstellt werden sollen, bleibt die Kontrollmöglichkeit erhalten. Die im Kabinettsbeschluß vom 15. November 1983 aufgehobene Meldepflicht betraf im übrigen lediglich die Einstellung von älteren arbeitslosen Angestellten. Die Problematik der Einstellung von Frauen stand nicht zur Diskussion.

1. Hält die Bundesregierung die Auffassung aufrecht, daß die Bundesbehörden angesichts der Arbeitsmarktchancen von Frauen eine besondere Verpflichtung haben, bei Neueinstellungen Frauen besonders zu berücksichtigen? Wenn ja, wie wird diese Absichtserklärung in der Einstellungspraxis konkret umgesetzt?

Die Bundesregierung ist unverändert der Auffassung, daß die Bundesbehörden gehalten sind, den Gruppen der Bevölkerung, die von der Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen sind, beim Zugang zum öffentlichen Dienst besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Sie hat in ihrem Kabinettsbeschluß vom 15. November 1983 deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie sich dieser Verpflichtung bewußt ist. An die verantwortlichen Personalstellen ist damit nochmals appelliert worden, im Rahmen der geltenden Gesetze nachhaltig bemüht zu sein, auch den Belangen der

Frauen beim Zugang zum öffentlichen Dienst Rechnung zu tragen.

Soweit Neueinstellungen vorgenommen werden können, ist die Bundesregierung bemüht, das Augenmerk von Frauen auf die Möglichkeit einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu lenken und somit die Zahl der Bewerbungen von Frauen zu erhöhen. Es wird nicht nur darauf geachtet, daß Stellenausschreibungen geschlechtsneutral formuliert werden; in der Regel werden Stellenausschreibungen so abgefaßt, daß Frauen besonders angesprochen und zu einer Bewerbung angeregt werden.

Wenn sich der Anteil der Frauen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren nicht spektakulär erhöht hat, so ist dabei allerdings zu berücksichtigen, daß wegen der – durch die Stellenkürzungen der letzten Jahre bedingten – derzeitigen Stellenknappheit Neueinstellungen generell nur noch in sehr begrenztem Umfang möglich sind.

Die Bundesregierung wird weiterhin beobachten, wie sich der Anteil und der Zugang der Frauen an den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes entwickeln. Falls die gegenwärtige positive Tendenz nicht anhält, wird zu entscheiden sein, welche zusätzlichen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die rechtlich bereits hergestellte Gleichberechtigung von Männern und Frauen im öffentlichen Dienst auch in der tatsächlichen Praxis uneingeschränkt sicherzustellen.

2. Wie hoch ist die Zahl der monatlichen Neueinstellungen (Beamte, Angestellte, Arbeiter) bei den obersten Bundesbehörden ohne Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost seit dem 1. Januar 1983 insgesamt und jeweils getrennt nach Laufbahngruppen? Wie hoch ist jeweils der Anteil der neu eingestellten weiblichen Bediensteten? Wie lauten jeweils die Vergleichszahlen der Jahre 1980 bis 1982?

Neueingestelltes Personal *) im Jahr 1980

	Januar			Februar			März			April			Mai			Juni		
	insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen	
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Beamte	43	5	11,6	47	8	17	65	3	4,6	27	3	11,1	23	3	13	25	1	4
Höherer Dienst	16	2	12,5	23	3	13	56	3	5,4	14	–	–	8	1	12,5	4	–	–
Gehobener Dienst	10	1	10	12	5	41,7	6	–	–	7	2	28,6	8	–	–	15	–	–
Mittlerer Dienst	15	2	13,3	9	–	–	–	–	–	4	1	25	7	2	28,6	4	1	25
Einfacher Dienst	2	–	–	3	–	–	3	–	–	2	–	–	–	–	–	2	–	–
Angestellte	82	50	61	47	36	76,6	37	21	56,8	62	43	69,4	44	25	56,8	41	22	53,7
Höherer Dienst	21	3	14,3	3	2	66,7	5	1	20	9	3	33,3	9	2	22,2	7	1	14,3
Gehobener Dienst	8	2	25	1	–	–	1	–	–	6	1	16,7	2	–	–	4	3	75
Mittlerer Dienst	46	43	93,5	25	22	88	17	15	88,2	40	35	87,5	28	20	71,4	15	9	60
Einfacher Dienst	7	2	28,6	18	12	66,7	14	5	35,7	7	4	57,1	5	3	60	15	9	60
Arbeiter	29	7	24,1	18	5	27,8	12	–	–	20	1	5	15	4	26,7	11	5	45,5
Insgesamt	154	62	40,3	112	49	43,8	114	24	21,1	109	47	43,1	82	32	39	77	28	36,4

*) Voll- und Teilzeitbeschäftigte

Neueingestelltes Personal *) im Jahr 1981

	Januar			Februar			März			April			Mai			Juni		
	insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen	
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Beamte	46	9	19,5	24	3	12,5	61	7	11,4	28	2	7,1	20	4	20	24	1	4,1
Höherer Dienst	18	2	11,1	9	2	22,2	55	5	9	13	1	7,6	11	1	9	16	1	6,2
Gehobener Dienst	14	2	14,2	8	1	12,5	6	2	33,3	8	1	12,5	8	3	37,5	4	–	–
Mittlerer Dienst	10	4	40	6	–	–	–	–	–	5	–	–	–	–	–	3	–	–
Einfacher Dienst	4	1	25	1	–	–	–	–	–	2	–	–	1	–	–	1	–	–
Angestellte	89	59	66,2	76	55	72,3	47	32	68	62	37	59,6	36	29	80	37	25	67,5
Höherer Dienst	11	3	27,2	6	–	–	8	2	25	11	1	9	7	4	57,1	4	1	25
Gehobener Dienst	7	3	42,8	3	–	–	2	2	100	6	2	33,3	2	1	50	2	–	–
Mittlerer Dienst	62	49	79	51	47	92,1	22	21	95,4	40	30	75	21	21	100	25	20	80
Einfacher Dienst	9	4	44,4	16	8	50	15	7	46,6	5	4	80	6	3	50	6	4	66,6
Arbeiter	17	4	23,5	10	2	20	11	1	9	25	2	8	15	4	26,6	10	1	10
Insgesamt	152	72	47,3	110	60	54,5	119	40	33,6	115	41	35,6	71	37	52,1	71	27	38

*) Voll- und Teilzeitbeschäftigte

Juli			August			September			Oktober			November			Dezember			Insgesamt		
insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen	
Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
26	4	15,4	32	5	15,6	23	–	–	41	7	17,1	17	2	11,8	16	1	6,3	385	42	10,9
9	–	–	18	–	–	10	–	–	16	2	12,5	6	–	–	6	–	–	186	11	5,9
8	2	25	8	2	25	7	–	–	15	4	26,7	6	1	16,7	4	–	–	106	17	16
6	2	33,3	3	2	66,7	4	–	–	4	1	25	2	–	–	4	1	25	62	12	19,4
3	–	–	3	1	33,3	2	–	–	6	–	–	3	1	33,3	2	–	–	31	2	6,5
99	88	88,9	104	82	78,8	47	30	63,8	68	50	73,5	34	23	67,6	34	27	79,4	699	497	71,1
4	2	50	5	1	20	8	3	37,5	4	–	–	6	2	33,3	2	–	–	83	20	24,1
3	1	33,3	7	3	42,9	6	2	33,3	3	–	–	2	1	50	5	4	80	48	17	35,4
62	58	93,5	71	67	94,4	23	20	87	53	45	84,9	24	20	83,3	26	23	88,5	430	377	87,7
30	27	90	21	11	52,4	10	5	50	8	5	62,5	2	–	–	1	–	–	138	83	60,1
20	4	20	24	4	16,7	12	3	25	21	2	9,5	13	3	23,1	6	–	–	201	38	18,9
45	96	66,2	160	91	56,9	82	33	40,2	130	59	45,4	64	28	43,8	56	28	50	1285	577	44,9

Juli			August			September			Oktober			November			Dezember			Insgesamt		
insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen	
Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
27	2	7,4	18	1	5,5	20	3	15	31	6	19,3	16	–	–	12	–	–	327	38	11,6
15	1	6,6	7	–	–	11	–	–	11	1	9	7	–	–	6	–	–	179	14	7,8
7	1	14,2	6	–	–	5	2	40	15	5	33,3	2	–	–	5	–	–	88	17	19,3
2	–	–	3	1	33,3	4	1	25	5	–	–	3	–	–	–	–	–	41	6	14,6
3	–	–	2	–	–	–	–	–	–	–	–	4	–	–	1	–	–	19	1	5,3
63	49	77,7	73	66	90,4	60	45	75	44	31	70,4	29	26	89,6	17	11	64,7	633	465	73,5
4	1	25	3	–	–	6	1	16,6	8	2	25	3	2	66,6	3	2	66,6	74	19	25,7
4	2	50	2	2	100	–	–	–	5	2	40	3	2	66,6	3	–	–	39	16	41
39	37	94,8	42	40	95,2	35	31	88,5	28	25	89,2	19	18	94,7	9	8	88,8	393	347	88,3
16	9	56,2	26	24	92,3	19	13	68,4	3	2	66,6	4	4	100	2	1	50	127	83	65,4
13	–	–	6	–	–	11	1	9	14	1	7,1	9	1	11,1	11	3	27,2	152	20	13,2
03	51	49,5	97	67	69	91	49	53,8	89	38	42,6	54	27	50	40	14	35	1112	523	47

Neueingestelltes Personal *) im Jahr 1982

	Januar			Februar			März			April			Mai			Juni		
	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Beamte	19	–	–	14	2	14,3	8	1	12,5	62	5	8	14	3	21,4	10	–	–
Höherer Dienst	9	–	–	8	–	–	3	–	–	57	4	7	4	–	–	7	–	–
Gehobener Dienst	3	–	–	3	1	33,3	1	–	–	3	–	–	5	2	40	2	–	–
Mittlerer Dienst	5	–	–	3	1	33,3	4	1	25	2	1	50	5	1	20	–	–	–
Einfacher Dienst	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	–	–
Angestellte	81	68	83,9	52	44	84,6	45	34	75,5	49	41	83,4	37	28	75,7	32	29	99,6
Höherer Dienst	10	7	70	4	2	50	5	1	20	5	1	20	6	3	50	6	5	83,3
Gehobener Dienst	7	3	42,8	–	–	–	2	1	50	6	4	66,7	2	1	50	–	–	–
Mittlerer Dienst	59	55	93,2	35	33	94,3	15	14	93,3	35	34	97,1	20	18	90	15	15	100
Einfacher Dienst	5	3	60	13	9	69,2	23	18	78,3	3	2	66,7	9	6	66,7	11	9	81,8
Arbeiter	15	4	26,6	10	–	–	14	4	28,6	19	3	15,8	5	–	–	11	2	18,2
Insgesamt	115	72	62,6	76	46	60,5	67	39	58,2	130	49	37,6	56	31	55,4	53	31	58,5

*) Voll- und Teilzeitbeschäftigte

Neueingestelltes Personal *) im Jahr 1983

	Januar			Februar			März			April			Mai			Juni		
	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Beamte	17	2	11,8	20	1	5	7	1	14,3	66	9	13,6	14	–	–	16	3	18,8
Höherer Dienst	10	2	20	9	–	–	3	–	–	54	6	11,1	9	–	–	8	–	–
Gehobener Dienst	3	–	–	6	1	16,7	3	1	33,3	4	1	25	4	–	–	5	2	40
Mittlerer Dienst	2	–	–	5	–	–	–	–	–	4	2	50	1	–	–	3	1	33,3
Einfacher Dienst	2	–	–	–	–	–	1	–	–	4	–	–	–	–	–	–	–	–
Angestellte	64	48	75	54	45	83,3	42	28	66,7	40	25	62,5	27	25	92,6	33	22	66,7
Höherer Dienst	15	3	20	6	3	50	10	4	40	7	1	14,3	2	1	50	9	2	22,2
Gehobener Dienst	8	6	75	4	2	50	4	4	100	6	4	66,7	4	3	75	2	2	100
Mittlerer Dienst	39	37	94,9	29	28	96,6	12	11	91,7	25	20	80	17	17	100	14	12	85,7
Einfacher Dienst	2	2	100	15	12	80	16	9	56,3	2	–	–	4	4	100	8	6	75
Arbeiter	14	3	21,4	8	2	25	13	2	15,4	22	4	18,2	8	1	12,5	6	3	50
Insgesamt	95	53	55,8	82	48	58,5	62	31	50	128	38	29,7	49	26	53,1	55	28	50,9

*) Voll- und Teilzeitbeschäftigte

Juli			August			September			Oktober			November			Dezember			Insgesamt		
insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen	
Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
11	–	–	15	–	–	16	1	6,2	33	2	6	18	5	27,8	10	1	10	230	20	8,7
10	–	–	6	–	–	9	–	–	29	1	3,4	11	2	18,2	5	–	–	158	7	4,4
–	–	–	1	–	–	2	–	–	3	1	33,3	6	2	33,3	3	–	–	32	6	18,8
–	–	–	4	–	–	3	1	33,3	1	–	–	1	1	100	2	1	50	30	7	23,3
1	–	–	4	–	–	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	10	–	–
82	66	80,5	85	69	81,2	69	48	69,6	72	52	72,2	28	16	57,1	21	17	80,9	653	512	78,4
4	1	25	5	–	–	8	1	12,5	17	3	17,6	12	2	16,7	2	–	–	84	26	31
8	1	12,5	5	4	80	2	–	–	13	11	84,6	3	3	100	3	3	100	51	31	60,8
55	52	94,5	52	51	98	45	39	86,7	40	36	90	11	10	90,9	13	12	92,3	395	369	93,4
15	12	80	23	14	60,9	14	8	57,1	2	2	100	2	1	50	3	2	66,7	123	86	69,9
18	5	27,8	9	3	33,3	9	1	11,1	14	2	14,3	10	–	–	7	3	42,8	141	27	19,1
11	71	63,9	109	72	66	94	50	53,2	119	56	47	56	21	37,5	38	21	55,3	1024	559	54,6

Juli			August			September			Oktober			November			Dezember			Insgesamt		
insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen	
Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
14	3	21,4	15	2	13,3	16	2	12,5	18	3	16,7	15	4	26,7	20	5	25	238	35	14,7
6	1	16,7	10	2	20	9	1	11,1	8	–	–	8	–	–	13	3	23,1	147	15	10,2
2	–	–	5	–	–	5	–	–	7	3	42,9	2	1	50	5	1	20	51	10	19,6
4	2	50	–	–	–	2	1	50	3	–	–	5	3	60	2	1	50	31	10	32,3
2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	9	–	–
79	48	60,8	70	48	68,6	56	44	78,6	43	36	83,7	25	19	76	37	25	67,6	570	413	72,5
16	3	18,8	6	–	–	8	7	87,5	2	2	100	5	1	20	7	–	–	93	27	29
6	2	33,3	1	1	100	4	1	25	4	2	50	4	2	50	5	2	40	52	31	59,6
41	34	82,9	36	32	88,9	26	23	88,5	35	32	91,4	9	9	100	22	20	90,9	305	275	90,2
16	9	56,3	27	15	55,6	18	13	72,2	2	–	–	7	7	100	3	3	100	120	80	66,7
11	2	18,2	15	2	13,3	13	4	30,8	12	2	16,7	11	2	18,2	16	4	25	149	31	20,8
04	53	51	100	52	52	85	50	58,8	73	41	56,2	51	25	49	73	34	46,6	957	479	50,1

Neueingestelltes Personal *) vom 1. Januar bis 30. Juni 1984

	Januar			Februar			März			April			Mai			Juni			Insgesamt		
	insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen		insge- samt	darunter Frauen	
		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%
Beamte	22	2	9,1	10	1	10	14	–	–	48	6	12,5	17	6	35,3	4	–	–	115	15	13
Höherer																					
Dienst	12	–	–	4	–	–	6	–	–	36	3	8,3	4	2	50	2	–	–	64	5	7,8
Gehobener																					
Dienst	5	1	20	6	1	16,7	3	–	–	8	2	25	6	1	16,7	–	–	–	28	5	17,9
Mittlerer																					
Dienst	5	1	20	–	–	–	4	–	–	3	1	33,3	7	3	42,9	2	–	–	21	5	23,8
Einfacher																					
Dienst	–	–	–	–	–	–	1	–	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–	2	–	–
Angestellte	57	37	64,9	49	35	71,4	22	12	54,5	19	12	63,2	20	14	70	18	12	66,7	185	122	65,9
Höherer																					
Dienst	11	2	18,2	3	–	–	5	1	20	5	2	40	5	2	40	5	3	60	34	10	29,4
Gehobener																					
Dienst	4	2	50	–	–	–	4	1	25	4	1	25	2	1	50	1	1	100	15	6	40
Mittlerer																					
Dienst	39	30	76,9	24	23	95,8	3	3	100	7	6	85,7	11	10	90,9	4	4	100	88	76	86,4
Einfacher																					
Dienst	3	3	100	22	12	54,5	10	7	70	3	3	100	2	1	50	8	4	50	48	30	62,5
Arbeiter	15	1	6,7	9	4	44,4	2	1	50	9	2	22,2	4	–	–	3	–	–	42	8	19
Insgesamt	94	40	42,6	68	40	66,7	38	13	34,2	76	20	26,3	41	20	48,8	25	12	48	342	145	42,4

*) Voll- und Teilzeitbeschäftigte

Wie viele Männer und Frauen in welchen Laufbahngruppen sind in Teilzeit- bzw. Vollzeitarbeit beschäftigt? Wie viele Männer und Frauen arbeiten in befristeten Arbeitsverhältnissen oder in nicht-sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsverhältnissen? Wie hoch ist die Zahl der in Leiharbeit beschäftigten Männer und Frauen?

Dienstverhältnis Laufbahngruppe	Vollbeschäftigte			Teilzeitbeschäftigte mit Wochenstunden						Nichtsozialversiche- rungspflichtige Teilzeitbeschäftigte ¹⁾			Beschäftigte mit Zeitvertrag			Beschäftigte in Leiharbeit		
				20 und mehr														

¹⁾ darunter Position zu Teilzeitbeschäftigten

3. Wie viele Personen sind insgesamt und bezogen auf die o.g. Laufbahngruppen in den Jahren 1980 bis 1983 ausgeschieden? Wie hoch ist jeweils der Anteil der Frauen?

Dienstverhältnis Laufbahngruppe	1983			1982			1981			1980		
	Ausgeschiedene Personen *)											
	ins- gesamt	darunter Frauen		ins- gesamt	darunter Frauen		ins- gesamt	darunter Frauen		ins- gesamt	darunter Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Beamte	454	43	9,4	431	31	7,1	445	40	8,9	414	37	8,9
Höherer Dienst	208	15	7,2	226	9	3,9	198	10	5,0	206	9	4,3
Gehobener Dienst	150	17	11,3	110	9	8,1	150	13	8,6	122	10	8,1
Mittlerer Dienst	48	11	22,9	49	12	24,4	58	17	29,3	50	18	36,0
Einfacher Dienst	48	–	–	46	1	2,1	39	–	–	36	–	–
Angestellte	639	445	69,6	657	461	70,1	726	490	67,4	726	482	66,3
Höherer Dienst	71	19	26,7	69	22	31,8	74	13	17,5	86	25	29,0
Gehobener Dienst	100	62	62,0	95	56	58,9	116	62	53,4	107	54	50,4
Mittlerer Dienst	365	306	83,8	375	314	83,7	427	356	83,3	424	345	81,3
Einfacher Dienst	103	58	56,3	118	69	58,4	109	59	54,1	109	58	53,2
Arbeiter	79	29	36,7	82	28	34,1	81	26	32,0	87	25	28,7
Insgesamt	1 172	517	44,1	1 170	520	44,4	1 252	556	44,4	1 227	544	44,3

*) Voll- und Teilzeitbeschäftigte

4. Wie hoch ist die Zahl der Neueinstellungen in den einzelnen Bundesministerien seit dem 1. Januar 1983 getrennt nach Vollzeit- und Teilzeitarbeit? Wie hoch ist jeweils der Anteil der Frauen?

Neueinstellungen vom 1. Januar 1983 bis 30. Juni 1984

	Vollzeitarbeit			Teilzeitarbeit					
				20 Stunden und mehr			weniger als 20 Stunden		
	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
BPrA	4	1	25	–	–	–	–	–	–
BT	96	43	44,7	23	23	100	–	–	–
BR	10	6	60	1	1	100	–	–	–
BK	42	15	35,7	2	2	100	–	–	–
BPA	58	33	56,9	13	10	76,9	1	–	–
AA	213	75	35,2	3	3	100	–	–	–
BMI	69	24	34,7	5	4	80	–	–	–
BMJ	50	25	50	1	1	100	1	–	–
BMF	48	25	52	–	–	–	–	–	–
BMWi	84	36	42,9	7	7	100	–	–	–
BML	127	78	61,4	9	7	77,8	–	–	–
BMA	44	17	38,6	6	5	83,3	–	–	–
BMV	35	19	54,2	1	1	100	–	–	–
BMVg	105	50	47,6	4	4	100	–	–	–
BMJFG	30	15	50	1	1	100	4	3	75
BVerfg	5	4	80	2	2	100	–	–	–
BRH	46	7	15,2	–	–	–	–	–	–
BMZ	11	5	45,5	1	1	100	–	–	–
BMBau	23	10	43,4	3	3	100	–	–	–
BMB	24	12	50	–	–	–	–	–	–
BMFT	45	19	42,2	3	3	100	2	1	50
BMBW	23	11	47,8	1	1	100	–	–	–
BMP	13	11	84,6	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	1 205	541	44,9	86	79	91,9	8	4	50

Abkürzungen vgl. Seite 20

5. Wie hoch ist die Zahl der Neueinstellungen insgesamt seit dem 1. Januar 1983

- a) bei der Deutschen Bundesbahn,
- b) bei der Deutschen Bundespost,
- c) bei der Bundesanstalt für Arbeit?

Wie viele Frauen wurden jeweils neu eingestellt, und wie verteilen sich Männer und Frauen auf die jeweiligen Laufbahngruppen?

Neueingestelltes Personal *) vom 1. Januar 1983 bis 30. Juni 1984

	Deutsche Bundesbahn			Deutsche Bundespost			Bundesanstalt für Arbeit		
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Beamte	—	—	—	8 993	3 227	35,9	17	7	41,2
Höherer Dienst	—	—	—	162	17	10,5	13	4	30,8
Gehobener Dienst	—	—	—	2 607	482	18,5	4	3	75
Mittlerer Dienst	—	—	—	2 395	1 372	57,3	—	—	—
Einfacher Dienst	—	—	—	3 829	1 356	35,4	—	—	—
Angestellte	29	14	48,3	5 661	4 263	75,3	970	664	68,5
Höherer Dienst	5	—	—	64	23	35,9	70	28	40
Gehobener Dienst	—	—	—	243	95	39,1	114	51	44,7
Mittlerer Dienst	19	9	47,4	2 631	2 157	82	730	531	72,7
Einfacher Dienst	5	5	100	2 723	1 988	73	56	54	96,4
Arbeiter	131	33	25,2	13 321	6 344	47,6	373	319	85,5
Insgesamt	160	47	29,4	27 975	13 834	49,5	1 360	990	72,8

*) Voll- und Teilzeitbeschäftigte zusammen

Wie viele Männer und Frauen sind jeweils ausgeschieden?

Ausgeschiedenes Personal *) vom 1. Januar 1983 bis 30. Juni 1984

	Deutsche Bundesbahn			Deutsche Bundespost			Bundesanstalt für Arbeit		
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Beamte	15 695	326	2,1	12 219	3 167	25,9	375	97	25,9
Höherer Dienst	114	2	1,8	63	2	3,2	58	16	27,6
Gehobener Dienst	1 303	27	2,1	1 463	168	11,5	317	81	25,6
Mittlerer Dienst	12 309	282	2,3	5 265	2 589	49,2	—	—	—
Einfacher Dienst	1 969	15	0,8	5 428	408	7,5	—	—	—
Angestellte	969	633	65,3	5 182	4 331	83,6	2 473	1 686	68,2
Höherer Dienst	4	—	—	29	5	17,2	42	16	38,1
Gehobener Dienst	39	6	15,4	119	30	25,2	448	217	48,4
Mittlerer Dienst	886	595	67,2	2 510	2 218	88,4	1 983	1 453	73,3
Einfacher Dienst	40	32	80	2 524	2 078	82,3	Zahlen stehen nicht zur Verfügung		
Arbeiter	8 242	1 344	16,3	16 310	8 300	50,9			
Insgesamt	24 906	2 303	9,3	33 711	15 798	46,9	2 848	1 783	62,6

*) Voll- und Teilzeitbeschäftigte zusammen

Wie viele Männer und Frauen arbeiten jeweils in Teilzeitbeschäftigungen (über 20 Stunden)?

Teilzeitbeschäftigte mit 20 Wochenstunden und mehr am 30. Juni 1984

	Deutsche Bundesbahn			Deutsche Bundespost			Bundesanstalt für Arbeit		
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Beamte	166	158	95,2	8 691	8 626	99,3	265	260	98,1
Höherer Dienst	1	1	100	287	271	94,4	27	25	92,6
Gehobener Dienst	12	8	66,7	11	11	100	237	234	98,7
Mittlerer Dienst	110	106	96,4	8 190	8 155	99,6	1	1	100
Einfacher Dienst	43	43	100	203	189	93,1	–	–	–
Angestellte	191	191	100	15 763	15 104	95,8	4 682	4 627	98,8
Höherer Dienst	–	–	–	–	–	–	48	44	91,7
Gehobener Dienst	–	–	–	53	51	96,2	132	126	95,5
Mittlerer Dienst	71	71	100	15 326	14 718	96	4 417	4 381	99,2
Einfacher Dienst	120	120	100	384	335	87,2	85	76	89,4
Arbeiter	714	704	98,6	44 249	41 744	94,3	1 924	1 905	99
Insgesamt	1 071	1 053	98,3	68 703	65 474	95,3	6 871	6 792	98,9

Wie viele Männer und Frauen arbeiten jeweils in Teilzeitarbeit ohne Sozialversicherungspflicht, in Leiharbeit, in Abrufarbeit und in 390-DM-Verträgen?

Teilzeitarbeit ohne Sozialversicherungspflicht am 30. Juni 1984

	Deutsche Bundesbahn			Deutsche Bundespost			Bundesanstalt für Arbeit		
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	darunter Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Angestellte	404	403	99,8	1 322	1 068	80,8	12	8	66,7
Höherer Dienst	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gehobener Dienst	–	–	–	–	–	–	1	1	100
Mittlerer Dienst	84	83	98,8	1 119	920	82,2	11	7	63,6
Einfacher Dienst	320	320	100	203	148	72,9	–	–	–
Arbeiter	940	898	95,5	2 798	1 972	70,5	46	45	97,8
Insgesamt	1 344	1 301	96,8	4 120	3 040	73,8	58	53	91,4

Arbeitnehmer in Leiharbeit, Abrufarbeit und 390-DM-Verträgen gibt es bei der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und bei der Bundesanstalt für Arbeit nicht.

Wie viele Zeitarbeitsverträge bestehen jeweils bei der Deutschen Bundespost, bei der Deutschen Bundesbahn und bei der Bundesanstalt für Arbeit? Wie hoch ist jeweils der Anteil der Frauen in Zeitarbeitsverträgen?

In wie vielen Fällen wird nach dem Ablauf dieser befristeten Arbeitsverträge mit den gleichen Personen ein neuer Arbeitsvertrag abgeschlossen? In wie vielen Fällen erfolgt anschließend eine Festanstellung?

Die Ermittlung der Daten über Zeitarbeitsverhältnisse, neue Vertragsabschlüsse mit den gleichen Personen nach Ablauf der Zeitarbeitsverträge, Festanstellung im Anschluß an befristete Arbeitsverträge wäre nur mit sehr großem Arbeits- und Personalaufwand, z. T. unter Heranziehung von einzelnen Personalakten, durchzuführen gewesen; Zahlenangaben können daher nicht gemacht werden.

6. Werden im personalpolitischen Verantwortungsbereich der Bundesregierung junge Männer, die Wehrdienst bzw. Zivildienst geleistet haben, bevorzugt eingestellt? Was unternimmt die Bundesregierung, um sicherzustellen, daß bei Frauen, die durch solche Verfahren zwangsläufig negativ betroffen sind, ausbildungsverlängernde Faktoren (wie etwa das Freiwillige Soziale Jahr, Arbeit bei internationalen Jugendwerken, Schwangerschaft, Erziehung von Kindern u. ä.) gleichermaßen berücksichtigt werden?

Der für die Einstellung in den Staatsdienst maßgebliche Leistungsgrundsatz (Artikel 33 Abs. 2 des Grundgesetzes) ist geschlechtsneutral formuliert.

Den Verzögerungen, die Frauen durch die Geburt und Betreuung von Kindern erfahren, wird im gegenwärtigen Recht bei der Bewerbung um Einstellung in den Vorbereitungsdienst durch die Erhöhung des Einstellungshöchstalters Rechnung getragen (§ 14 Abs. 2 der Bundeslaufbahnverordnung).

Der Gesetzgeber hat sich andererseits in § 11 a des Arbeitsplatzschutzgesetzes dafür entschieden, in Fällen nachgewiesener gleicher Eignung den Bewerbern, die Wehr- oder Zivildienst geleistet haben, aus sozialstaatlichen Erwägungen zum Nachteilsausgleich den Vorrang einzuräumen. Nach dem auf eine Initiative des Bundesrates zurückgehenden Vierten Gesetzes zur Änderung des Arbeitsplatzschutzgesetzes vom 17. Juli 1984 bleiben für diesen Bewerberkreis (im Rahmen einer Quote) auch die notenmäßigen Einstellungsbedingungen weiter maßgeblich, die ohne die wehr- oder zivildienstbedingte Verzögerung gegolten hätten.

Der Deutsche Bundestag hat anläßlich der Verabschiedung dieses Änderungsgesetzes in einer Entschliebung vom 24. Mai 1984 (Drucksache 10/1482 neu) die Bundesregierung aufgefordert, einen vergleichbaren Nachteilsausgleich für ausbildungsverlängernde Faktoren bei Frauen zu prüfen. Die Prüfung der hiermit verbundenen komplexen Fragestellungen, insbesondere unter verfassungsrechtlichen Aspekten, ist noch nicht abgeschlossen.

7. Beabsichtigt die Bundesregierung, eine regelmäßig geführte Statistik über die Entwicklung der Frauenbeschäftigung (Neueinstellungen, Vollzeit- und Teilzeitarbeit, Anzahl der Bewerbungen, Zahl der Ausgeschiedenen, Ablehnungsgründe) im öffentlichen Dienst einzuführen?

Das bisherige Instrumentarium des Personalbestandsnachweises der öffentlichen Hand liefert bereits breitgefächerte Daten über die Frauenbeschäftigung im öffentlichen Dienst.

Die Personalstandsstatistiken nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Finanzstatistik in der Fassung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673) gliedern in dreijährigem Turnus die Gesamtzahl der Angehörigen des öffentlichen Dienstes und die Aussagen über die Laufbahngruppenzugehörigkeit, die Einstufungen und die Aufgabenbereiche nach dem Geschlecht.

Die Personalwechselstatistik nach § 7 Abs. 1 Nr. 3 dieses Gesetzes erfaßt in sechsjährigem Turnus die Personalzugänge und Personalabgänge im öffentlichen Dienst differenziert nach Geschlecht, Dienstverhältnissen und Laufbahngruppen. Zudem werden ausgewählte Gründe des Personalwechsels wie altersbedingtes Ausscheiden und der Übergang von Vollzeit- in Teilzeitbeschäftigung erhoben.

Zusatzinformationen über die Erwerbstätigkeit von Beamtinnen ergeben sich mit hoher Feindifferenzierung aus dem stichprobenmäßigen Mikrozensus.

Zusätzlich zu den Statistiken aufgrund des Gesetzes über die Finanzstatistik und des Mikrozensusgesetzes wird vom Statistischen Bundesamt für den Bundesminister des Innern eine Geschäftsstatistik geführt, die in dreijährigem Turnus u. a. die zwischenzeitlichen Zu- und Abgänge, Beförderungen und Höhergruppierungen, Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen nach Laufbahngruppen bei obersten Bundesbehörden erfaßt. Diese Statistik wird regelmäßig dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages vorgelegt.

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, entgegen den Zielsetzungen ihres Programms zur Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung die Einführung der mit diesem Instrumentarium noch nicht erfaßten Erhebungsmerkmale „Bewerbungen“ und „Gründe für die Ablehnung von Bewerbungen“ vorzuschlagen. Von derartigen Datensammlungen wären schon deshalb keine aussagefähigen zusätzlichen Informationen zu erwarten, weil nach dem Auswahlmaßstab individueller Besteignung aus der Zahl berücksichtigter oder nicht berücksichtigter Bewerbungen aus dem Kreis der Angehörigen des einen oder anderen Geschlechts keine zuverlässigen Rückschlüsse auf eine mögliche Beeinträchtigung der verfassungsrechtlichen Gebote und Zielsetzungen gezogen werden könnte.

8. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um im Bereich der Bundesbehörden und Bundesministerien sowie bei der Deutschen Bundespost, bei der Deutschen Bundesbahn und bei der Bundesanstalt für Arbeit Frauen verstärkt in Berufsbereichen einzustellen, in denen sie unterrepräsentiert sind? Was unternimmt die Bundesregierung, um Frauen zu ermutigen, sich um qualifizierte Stellen zu bewerben? Welche personalpolitischen und organisatorischen Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Frauen verstärkt an Fortbildungsmaßnahmen zu beteiligen und auch teilzeitbeschäftigte Frauen sowie Frauen mit Kindern verstärkt einzubeziehen?

Wie bereits eingangs und in der Antwort zu Frage 1 erwähnt, ist die Bundesregierung bemüht, Frauen zu allen Bereichen des öffentlichen Dienstes des Bundes gleichberechtigten Zugang zu verschaffen. Das gilt auch für Bereiche, in denen eine Unterrepräsentation von Frauen zu verzeichnen ist. Auf die in der Antwort zu Frage 1 aufgeführten Grundsätze wird insoweit Bezug genommen.

Der Bundesminister des Innern hat die Einstellungsbehörden in der Bundesverwaltung in den letzten Jahren wiederholt darauf hingewiesen, daß der Anteil weiblicher Beschäftigter an der Gesamtzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, insbesondere jedoch der Anteil in Beförderungsstellen, unbefriedigend ist; es wurde darum ersucht, darauf zu achten, daß bei Einstellungen und Beförderungen bzw. Höhergruppierungen Frauen im Rahmen der Rechtsordnung in stärkerem Maße als bisher unter Beachtung der in der Antwort zu Frage 1 dargestellten Grundsätze berücksichtigt werden.

Darüber hinaus sind die obersten Bundesbehörden ebenfalls wiederholt gebeten worden, zur Sicherung der beruflichen Chancen der Frauen im Bereich der Bundesverwaltung zu gewährleisten, daß bei Stellenausschreibungen gleichermaßen Bewerber und Bewerberinnen angesprochen werden.

Dies gilt sowohl für Ausschreibungen zur Besetzung von Eingangsstellen als auch für die Ausschreibung von qualifizierten Dienstposten.

Die Bundesregierung richtet ihr Fortbildungsangebot an alle Angehörigen der öffentlichen Verwaltung des Bundes. Kriterien für die Entscheidung über die Teilnahme an Maßnahmen der dienstlichen Fortbildung sind der konkrete Fortbildungsbedarf und die Eignung für Fortbildungsveranstaltungen bestimmter Art. Unter diesen Voraussetzungen stehen die Fortbildungsveranstaltungen allen Bediensteten – also Männern und Frauen gleichermaßen – offen und können auch von Teilzeitbeschäftigten in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus wird die Bundesregierung prüfen, ob auch beurlaubten Beschäftigten Teilnahme-möglichkeiten an Fortbildungsveranstaltungen eröffnet werden können.

Ein Bedarf für besondere Fortbildungsangebote für Frauen in der öffentlichen Verwaltung ist bisher bei der Bundesakademie nicht geltend gemacht worden. Auch wurden in der Fortbildungspraxis keine Erkenntnisse gewonnen, die dies erforderlich erscheinen lassen. Eine Unterrepräsentation der weiblichen Verwaltungsangehörigen im Kreis der Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen ist nicht feststellbar.

9. Wie hoch sind insgesamt die Zahlen der bei der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und der Bundesanstalt für Arbeit sowie bei den obersten Bundesbehörden und Bundesministerien in Ausbildung befindlichen Männern und Frauen, jeweils getrennt nach Laufbahngruppen? Wie lauten jeweils die Vergleichszahlen der Jahre 1980 bis 1982?

Dienstverhältnis Laufbahngruppe	1983			1982			1981			1980		
	Auszubildende											
	ins- gesamt	darunter Frauen		ins- gesamt	darunter Frauen		ins- gesamt	darunter Frauen		ins- gesamt	darunter Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Beamte	18 464	7 496	40,5	20 934	8 266	39,4	16 221	6 103	37,6	13 537	4 262	31,4
Höherer Dienst	279	24	8,6	364	24	6,5	413	35	8,4	349	31	8,8
Gehobener Dienst	5 000	1 757	35,1	5 183	1 750	33,7	5 249	1 688	32,1	5 233	1 508	28,8
Mittlerer Dienst	6 137	2 852	46,4	8 628	4 071	47,1	6 910	3 267	47,2	3 624	1 729	47,7
Einfacher Dienst	7 048	2 863	40,6	6 759	2 421	35,8	3 649	1 113	30,5	4 331	994	22,9
Angestellte	3 130	1 739	55,5	2 909	1 595	54,8	2 819	1 514	53,7	3 024	1 572	51,9
Höherer Dienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gehobener Dienst	561	199	35,5	713	255	35,8	823	308	37,4	1 006	391	38,8
Mittlerer Dienst	2 544	1 519	59,7	2 173	1 319	60,6	1 976	1 188	60,1	2 004	1 168	58,2
Einfacher Dienst	25	21	84,0	23	21	91,3	20	18	90,0	14	13	92,8
Arbeiter	23 164	1 670	7,2	23 656	1 708	7,2	22 742	1 471	6,4	20 516	998	4,8
Insgesamt	44 758	10 905	24,3	47 499	11 569	24,3	41 782	9 088	21,7	37 077	6 832	18,4

Die obige Tabelle enthält der Frage entsprechend keine Angaben über die bei den nachgeordneten Stellen des Bundes in Ausbildung befindlichen Personen. 1983 befanden sich insgesamt rd. 82 000 junge Frauen und Männer – ohne Laufbahnausbildung für den höheren und gehobenen Dienst – in den Behörden, Betrieben, Forschungsstätten und Einrichtungen des Bundes in Ausbildung. Der Anteil der Frauen betrug rund 25 %.

Diese Gesamtzahl entstammt der jährlichen statistischen Sondererhebung, die den gesamten Bereich des Bundes umfaßt, sich auf die Ausbildung für den eigenen Bedarf und den Beitrag des Bundes zur Entlastung des Ausbildungsstellenmarktes auf dem Niveau der Ausbildungen nach dem BBiG und vergleichbarer Ausbildungsgänge beschränkt; die hieraus verfügbaren Daten lassen eine Aufschlüsselung nach Laufbahngruppen nicht zu.

10. Wie hoch ist – getrennt nach Laufbahngruppen – insgesamt die Zahl der neuabgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse, und wie hoch ist jeweils der Anteil der Frauen?

Neueingestellte Auszubildende	Für Ausbildungen nach dem BBiG			Für Laufbahnausbildungen des einfachen und mittleren Dienstes sowie sonstige Angestelltenausbildungen			Neueingestellte Auszubildende		
	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen	insgesamt		darunter Frauen
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
1983	19 616	5 002	25,5	7 822	1 875	24,0	27 438	6 877	25,1
1982	18 313	4 717	25,8	9 116	2 918	32,0	27 429	7 635	27,8

Diese Daten entstammen der jährlichen statistischen Sondererhebung des Bundes zur Erfassung der Ausbildungsleistungen, mit der Vergleichsdaten für die Ausbildungsstellenbilanz nach dem Berufsbildungsförderungsgesetz gewonnen werden. Die Laufbahnausbildung für den gehobenen und höheren Dienst ist deshalb in diesen Zahlen nicht enthalten.

Für 1984 ist das Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen auf rund 29 500 Ausbildungsplätze erhöht worden; das entspricht einer Steigerung um rund 7,5 % gegenüber 1983.

Die Anzahl der Studienanfänger der Jahre 1982 und 1983 für die dreijährige Ausbildung für die Laufbahn des gehobenen nicht-technischen Dienstes der Bundesverwaltung (ausgenommen Deutsche Bundesbank) bei der Fachhochschule des Bundes betrug:

	insgesamt	darunter Frauen	
	Anzahl	%	
1982	2 987	1 158	38,8
1983	2 836	1 156	40,8

11. Hält die Bundesregierung die Auffassung aufrecht, daß sie angesichts der Ausbildungschancen von Frauen eine besondere Verpflichtung hat, Mädchen bei der Ausbildungsplatzvergabe besonders zu berücksichtigen? Wenn ja, wie wird diese Absichtserklärung, insbesondere auch im Hinblick auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 13. Dezember 1983, Ausbildungsplätze bereitzustellen, konkret in Maßnahmen umgesetzt? Welche zusätzlichen Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten werden für Frauen, insbesondere für Frauen mit qualifiziertem Haupt- bzw. Realschulabschluß, bereitgestellt?

In ihrem Kabinettsbeschluß vom 15. November 1983 hat die Bundesregierung ihre Auffassung deutlich gemacht, daß die Bundesbehörden gehalten sind, den Belangen der Bevölkerungsgruppen, die von der Arbeitslosigkeit in besonderem Maß betroffen sind, beim Zugang zum öffentlichen Dienst besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Hierzu gehören auch junge Männer und Frauen, die einen Ausbildungsplatz suchen.

Auf Beschluß des Bundeskabinetts haben die Bundesbehörden in den letzten beiden Jahren ihre Ausbildungsleistung beträchtlich

gesteigert und eine Reihe von Ausbildungsplätzen zusätzlich eingerichtet. Mit dieser Steigerung hat die Bundesregierung der Wirtschaft sowie den Verantwortlichen in den Ländern und Gemeinden ein Signal gegeben, mit ähnlichen Anstrengungen für ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zu sorgen.

Diese zusätzlich eingerichteten Ausbildungsplätze stehen jungen Männern und Frauen gleichermaßen offen.

Für Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz werden bestimmte qualifizierte Schulabschlüsse nicht vorausgesetzt. Bei den zusätzlich bereitgestellten Ausbildungsplätzen ist es also grundsätzlich nicht von Bedeutung, ob die Bewerber die Haupt- oder Realschule oder eine höherwertige Schulbildung abgeschlossen haben.

12. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß in Zukunft Ausbildungs- und Arbeitsplätze von Frauen in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich (Zoll, Deutsche Bundespost) nicht jedesmal zur Disposition gestellt werden, wenn Übernahmegarantien für männliche Arbeitskräfte aus anderen Bereichen (Bundesgrenzschutzbeamte, Fernmeldehandwerker) – zu Lasten von Frauenarbeitsplätzen – erfüllt werden müssen?

Nach §§ 15 und 16 des Bundespolizeibeamtenengesetzes in der Fassung vom 12. Februar 1972 werden Polizeivollzugsbeamte auf Widerruf im Bundesgrenzschutz auf vorbehaltenen Stellen in den öffentlichen Dienst eingegliedert, die als Widerrufsbeamte kraft Gesetzes aus dem Polizeivollzugsdienst bis 30. Juni 1988 ausscheiden. Diese Übernahmegarantie ist jedoch nicht uneingeschränkt. Auch bei den einzugliedernden Polizeivollzugsbeamten wird vorausgesetzt, daß sie die jeweils erforderliche körperliche und geistige Eignung für die Verwendung auf den in den Stellenvorbehalt einbezogenen Stellen erfüllen.

Durch diesen Stellenvorbehalt wird das Volumen der insgesamt mit freien Bewerbern besetzbaren Stellen geringfügig verkleinert; davon werden männliche und weibliche Bewerber gleichermaßen betroffen. Eine spezifische Benachteiligung von Frauen kann darin nicht gesehen werden.

Für den Bereich des mittleren Zolldienstes haben der Bundesminister der Finanzen und der Bundesminister des Innern auf Anregung des Rechnungsprüfungsausschusses des Deutschen Bundestages vom 9. Juni 1983 geprüft, ob Polizeivollzugsbeamte des Bundesgrenzschutzes verstärkt übernommen werden können. Anlaß dafür war die drohende Überalterung der BGS-Verbände, weil die Polizeien der Länder als vorgesehene Aufnahmeverwaltungen in den nächsten Jahren die BGS-Beamten nicht in der erforderlichen Anzahl eingliedern können.

Die Prüfung hat ergeben, daß sich die Übernahme in den mittleren Zolldienst nicht realisieren läßt. Entsprechend sind Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuß mit Vorlage des Bundesministers der Finanzen Nr. 48/84 vom 19. April 1984 unterrichtet worden. Der Umstand, daß bei der angeregten Regelung keine Frauen mehr in den mittleren Zolldienst hätten eingestellt werden

können, ist dabei von vornherein als ein gewichtiges, gegen die Regelung sprechendes Argument gesehen worden.

Die Deutsche Bundespost stellt wegen des allgemeinen Ausbildungsplatzmangels seit Jahren mehr Ausbildungsplätze für die gewerblich-technischen Berufe Fernmeldehandwerker/in, Elektromechaniker/in und Kraftfahrzeugmechaniker/in zur Verfügung, als für die Deckung des eigenen Nachwuchsbedarfes benötigt werden.

Im Gegensatz zur Bereitstellung eines weit überhöhten Ausbildungsvolumens sind jedoch Einstellungen in ein Arbeitsverhältnis über den tatsächlichen Bedarf hinaus aus betriebswirtschaftlichen und haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich. Selbstverständlich werden alle sich bietenden sinnvollen und vertretbaren (ausbildungsgerechten und auch ausbildungsfremden) Beschäftigungsmöglichkeiten genutzt.

Eine Garantie für die Übernahme aus dem Ausbildungs- in ein Beschäftigungsverhältnis kann jedoch – insbesondere auch aus haushaltsrechtlichen Gründen – ohne Berücksichtigung des sachlich gerechtfertigten Bedarfs weder für männliche noch für weibliche Nachwuchskräfte gegeben werden.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß es nicht zutrifft, daß Ausbildungs- und Arbeitsplätze von Frauen im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung zur Disposition gestellt werden, wenn Übernahmegarantien für männliche Arbeitskräfte erfüllt werden müssen.

Abkürzungen

BPrA	Bundespräsidialamt
BT	Deutscher Bundestag
BR	Bundesrat
BK	Bundeskanzleramt
BPA	Bundespresseamt
AA	Auswärtiges Amt
BMI	Bundesminister des Innern
BMJ	Bundesminister der Justiz
BMF	Bundesminister der Finanzen
BMWi	Bundesminister für Wirtschaft
BML	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMA	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
BMV	Bundesminister für Verkehr
BMVg	Bundesminister der Verteidigung
BMJFG	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BRH	Bundesrechnungshof
BMZ	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BMBau	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
BMB	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen
BMFT	Bundesminister für Forschung und Technologie
BMBW	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
BMP	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen